

Kiel, 10.05.2007

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

**TOP 5 – Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr (Drucksache 16/1276 und 16/1356)**

**Olaf Schulze:**

## **Kreise können bei ihrem Verkehrsangebot Schwerpunkte setzen**

Ja: Wir wollen das ÖPNV-Gesetz und ja: Wir wollen, dass Entscheidungen über den öffentlichen Personennahverkehr dort getroffen werden, wo der Verkehr stattfindet. Daher wundert es nicht, dass der Wirtschaftsausschuss dem vom Verkehrsministerium vorgelegten Entwurf zugestimmt hat und wir heute in zweiter Lesung darüber beschließen können.

Wir wollen mit der **Kommunalisierung der Mittel** erreichen, dass sie effizient eingesetzt werden können und dass die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen ihre Gestaltungsmöglichkeiten je nach regionaler Besonderheit und Bedarf nutzen können.

Wir meinen: Vor Ort sind die Kenntnisse darüber am besten, wo die Mittel am besten und am effektivsten eingesetzt werden können. Natürlich – das soll nicht verschwiegen werden – kommen damit auf die Kreise und kreisfreien Städte neue Aufgaben zu. Dafür bekommen sie aber auch etwas: Neben den schon erwähnten **Entscheidungskompetenzen** stellt das Land vor allem Planungssicherheit zur Verfügung. Und die Summen, die zur Sicherstellung des Nahverkehrsangebots an die Kommunen fließen, sind nicht gering: Von 59,76 Mio. Euro 2007 schmilzt der Betrag moderat bis 2012 auf 57,25 Mio. Euro ab. **Sechs Jahre Planungssicherheit** ist angesichts der finanziellen Situation öffentlicher Haushalte ein beachtlicher Zeitraum.

Spannend ist im kommunalen Bereich nicht nur die Verkehrsbedienung, für die 90% der Mittel zur Verfügung stehen. Gestaltungsspielraum für den ÖPNV vor Ort bietet auch die Verwendung der verbleibenden 10% der Mittel; knapp 6 Mio. Euro jährlich. Damit kann der Rahmen gestaltet werden, innerhalb dessen die unterschiedlichen Maßnahmen gefördert werden können. Hierzu gehören Investitionen in Haltestellen, hierzu gehört auch Marketing, es können Studien durchgeführt werden. Damit erhalten die Kreise optimale Voraussetzungen, um **bei ihrem Verkehrsangebot je nach Bedarf Schwerpunkte zu setzen**. Gerade im Bereich des Marketing stelle ich mir sehr interessante, regional angepasste Möglichkeiten vor, mit denen für die Nutzung des Verkehrsangebots geworben werden kann.

Unser politisches Ziel ist, **das gute Niveau in Schleswig-Holstein beim Öffentlichen Personennahverkehr** möglichst zu halten. Es ist uns gelungen, trotz der Haushaltslage und trotz der erheblichen Kürzungen der Regionalisierungsmittel durch die Bundesregierung die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wir wollten Transparenz bei der Mittelverteilung und auch dies wird mit der Landesverordnung sichergestellt. Wir haben entbürokratisiert und kommunalisiert, damit Entscheidungen zügig dort getroffen werden können, wo sie hingehören.

Wir sind zufrieden mit dem neuen Gesetz. Nun ist es an den Kreisen und kreisfreien Städten, ihre neuen Möglichkeiten zu nutzen.